

Kurzbericht

Ausschuss für Inneres und Sport

(121. - öffentliche - Sitzung am 23. September 2021)

Beratungsthemen:

1. a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 (Haushaltsgesetz 2022/2023 - HG 2022/2023 -)**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/9720](#) neu
- b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2021 bis 2025**
Unterrichtung durch die Landesregierung - [Drs. 18/9847](#)

Der - mitberatende - Ausschuss behandelte den **Einzelplan 03** - Ministerium für Inneres und Sport - und den **Einzelplan 20** - Hochbauten - Kapitel 2011 - unter Einbeziehung der Mipla 2021 - 2025. Er nahm die Einbringung durch den Minister für Inneres und Sport entgegen und führte die Allgemeine Aussprache durch.

2. a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 (Haushaltsgesetz 2022/2023 - HG 2022/2023 -)**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/9720](#) neu
- b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2021 bis 2025**
Unterrichtung durch die Landesregierung - [Drs. 18/9847](#)

Der - mitberatende - Ausschuss behandelte den **Einzelplan 17** - Landesbeauftragte für den Datenschutz - unter Einbeziehung der Mipla 2021 - 2025. Er nahm die Einbringung durch die Landesbeauftragte für den Datenschutz entgegen und führte die Allgemeine Aussprache durch.

3. **Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2022**
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/9885](#)

Der - mitberatende - Ausschuss ließ sich durch ein Mitglied des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes über den Verfahrensstand und über den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses betreffende Regelungen des Gesetzentwurfes unterrichten.

4. a) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes**
Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/7643](#)
dazu: Eingabe 02271/02/18
- b) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes und anderer kommunalrechtlicher Vorschriften**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/9075](#)
dazu: Eingaben 02632/02/18, 02658/02/18, 02662/02/18, 02695/02/18, 02793/02/18 und 02794/02/18

Der - federführende - Ausschuss begann mit der Beratung über den Gesetzentwurf der Landesregierung auf der Grundlage der Formulierungsvorschläge und Anmerkungen des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes in Vorlage 13. Ein Mitglied der CDU-Fraktion brachte den Änderungsvorschlag in Vorlage 14 ein. Der Ausschuss beschloss, den kommunalen Spitzenverbänden Gelegenheit zur Stellungnahme zu diesem Änderungsvorschlag zu geben. Er nahm in Aussicht, in der nächsten Sitzung die Beratung über den Gesetzentwurf der Landesregierung abzuschließen und dazu eine Beschlussempfehlung zu fassen.

5. **Beschlussfassung über einen Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zu fehlerhaften Stimmzetteln für die Kommunalwahl**

Der Ausschuss stellte die Beschlussfassung zurück, bis die Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage in [Drs. 18/9904](#) vorliegt.